



MdB Miriam Gruß (FDP) sprach in Regensburg über Familienpolitik. Ihr großer Wunsch: mehr männliche Erzieher in den Kindergärten.

Foto:Lukesch

Kinder besser schützen

WAHLKAMPF MdB Miriam Gruß, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der FDP in Bayern, will Familien den Rücken stärken.

VON ANGELIKA LUKESCH, MZ

REGENSBURG. Nur sehr wenige Menschen fanden den Weg in das Kolpinghaus, um der kinder- und jugendpolitischen Sprecherin der FDP Bayern, Miriam Gruß, am Dienstagabend zu lauschen. Gruß stellte Kinderarmut, den Schutz vor Kindsmisshandlung und die Ausstattung der Jugendämter in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.

Gießkannen-Prinzip kritisiert

„Die Leistungen für die Familie kommen derzeit nicht dort an, wo es nötig ist“, sagte Gruß und kritisierte das „Gießkannen-Prinzip“, womit Familienministerin Ursula von der Leyen die Gelder über die Republik austeile. „Die FDP will zielgenau da unterstützen, wo es wirklich nötig ist“, meinte die FDP-Bundestagsabgeordnete. Es sei erschreckend, wie hoch die Kinderarmut in Deutschland sei.

Im Bundesgebiet werde jedes sechste Kind als arm bezeichnet. Im Vergleich dazu wäre es in Dänemark nur jedes 42. Kind. Die Erhöhung des Kindergelds habe nur die Inflationsrate ausgeglichen und könne nicht als Erfolg für die Familien verbucht werden, meinte Miriam Gruß. „Die FDP will die Familien mit einem niedrigeren Steuersatz unterstützen“, sagte Gruß. Die Mitte des Volkes müsse dringend entlastet werden, denn genau diese Bevölkerungsschicht sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden.

Mehr Geld für Prävention

Diskussionen gab es zum Thema Kinderschutz. Miriam Gruß sprach sich gegen „verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen“ bei Kindern unter sechs Jahren aus, da der Staat so zu viel Kontrolle ausüben würde. Einige Männer im Kolpinghaus fanden jedoch, durch „verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen“ habe man die Chance, manche Kindsmisshandlung aufzudecken. Die Frage wurde aufgeworfen, wieso der Schularztbesuch, der früher eine Selbstverständlichkeit war, abgeschafft worden ist: Auch der Schularztbesuch wäre eine Möglichkeit, Misshandlungen zu erkennen.

Miriam Gruß plädierte dafür, die Jugendämter wesentlich besser mit Geld auszustatten, denn hier könne viel an Präventionsarbeit für Kinder, Jugendliche und Familien geleistet werden. Die Politikerin sprach sich für mehr Geld für Bildung und vor allem für die frühkindliche Förderung aus. Ihr großer Wunsch ist „mehr männliche Erzieher in den Kindergärten!“.